

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/01/2007

über die öffentliche Sitzung am 23.01.2007,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 23:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Tobias Koch

Stadtverordnete

Herr Horst Aschmann - ab 19:35 Uhr, TOP 3 -
Frau Carola Behr
Herr Harald Düwel
Herr Rolf Griesenberg
Herr Steffen Rotermundt
Herr Gerd Smith - i. V. f. Bürgerl. Mitglied Marzi -

Bürgerliche Mitglieder

Herr Detlef Levenhagen

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Gisela Dietterlein - Seniorenbeirat -
Herr Bela Randschau - Kinder- u. Jugendbeirat -

Verwaltung

Frau Angela Haase - Protokollführerin -
Herr Horst Kienel - Berichterstatter -
Frau Christiane Link
Herr Arno Petersen
Herr Ralf Reichardt
Frau Birgit Reinhold

Es fehlen entschuldigt

Bürgerliche Mitglieder

Herr Horst Marzi

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 08/2006 vom 28.11.2006
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Bericht zur Wirtschaftsförderung
7. Finanzplanung und Investitionsprogramm 2006 - 2010 **2006/124**
8. Erlass der Haushaltssatzung 2007 **2006/125**
- Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts
9. Sachstandsbericht zur Gebäudewirtschaft (ÖPP, digitale Bestandspläne)
10. Konzept zum Aufbau der Gebäudeleittechnik **2007/010**
11. Gewinn- und Verlustrechnung 2005 der städtischen Mietwohnungen **2007/004**

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Koch, begrüßt die Anwesenden und wünscht allen ein gesundes neues Jahr 2007. Er eröffnet die Sitzung.

2 Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird – wie in der Einladung dargestellt – behandelt.

3 Einwohnerfragestunde

Herr Parussel teilt mit, dass er den regionalen Medien die Auskunft entnommen habe, wonach auch die Stadt Ahrensburg hohe Gewerbesteuerereinnahmen in 2006 gehabt habe und regt an, diese hohen Einnahmen auch zur Schuldentilgung einzusetzen.

Ferner hinterfragt er die Notwendigkeit für einen Neubau des Peter-Rantzau-

Hauses. Diese Gelder sollten eher für Kinder und Jugendliche verwendet werden, z. B. zur Fortbildung für Erzieherinnen/ Erzieher und Lehrer. Im Peter-Rantzau-Haus seines Erachtens noch Kapazitäten z. B. durch an die AWO vermietete Räume frei.

Als dritten Punkt moniert er den „saumäßigen“ Zustand des P+R-Hauses Alter Lokschuppen und fordert eine nachhaltige Verbesserung. Vorstellbar sei die Einstellung von 400-€-Kräften zur Überwachung nach Renovierung des Gebäudes.

Der Vorsitzende erläutert, dass im vergangenen Jahr unter dem Aspekt der Übernahme des Ahrensburger Gasnetzes ein Kredit von 3,9 Mio. € sowie zur Sportstättenanierung ein weiterer Kleinkredit aufgenommen wurde, ein Restbetrag – über den im Rahmen des Jahresabschlusses 2006 zu entscheiden sei – wegen des guten Ergebnisses jedoch nicht aufgenommen werde. Hierbei handelte es sich um rd. 1,2 Mio. €, siehe TOP 5 dieses Protokolls.

Zum Peter-Rantzau-Haus führt er aus, dass die AWO als Betreiber dieses Hauses Räume nutze, also kein Fremdnutzer im üblichen Sinne sei. Er weist ferner darauf hin, dass die Stadt in den vergangenen Jahren stets Investitionen für Schulen, Kindertagesstätten und die freie Jugendarbeit dem Neubau des Peter-Rantzau-Hauses vorgezogen habe. Die Politik sei der Auffassung, dass der Neubau eines Peter-Rantzau-Hauses insbesondere für die Senioren nun aber geplant werden könne und müsse. Diese Kosten seien im Haushalt 2007 ausgewiesen. Danach solle entschieden werden, in welcher Form eine Realisierung erfolgen könne (Eigenbau/ ppp-Modell).

Der Bewertung zum Zustand des P+R-Hauses Alter Lokschuppen schließt sich der Vorsitzende an. Daher seien im Rahmen der Bauunterhaltung für 2007 50.000 € hierfür veranschlagt. Er äußert die Hoffnung, dass die Verwaltung Vorschläge unterbreite, wie das dann ansprechende Erscheinungsbild erhalten werden könne.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 08/2006 vom 28.11.2006

Keine Einwendungen.

Das Protokoll wird sowohl hinsichtlich des öffentlichen wie des nichtöffentlichen Teiles ohne Änderungen genehmigt.

5 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Herr Kienel berichtet, dass momentan 3,5 Mio. € als Tagegeld angelegt sind.

Auf den städtischen Konten befinden sich rd. 570.000 €. Des Weiteren wird für den Steuertermin am 15.02.2007 mit Steuereinnahmen durch Grund- und Gewerbesteuer in Höhe von rd. 4 Mio. € gerechnet.

Dem gegenüber stehen routinemäßige Ausgaben in Höhe von rd. 1,9 Mio. €. Im Saldo ergibt dieses einen Überschuss von rd. 6,17 Mio. €. Zum Steuertermin 15.02.2007 werden die Steuern – sofern ein Haushalt noch nicht beschlossen sein sollte – nach den Hebesätzen des Vorjahres erhoben. Für die Grundsteuern A und B sind dieses 300 %, für die Gewerbesteuern 350 %. Sollte die Stadtverordnetenversammlung einen abweichenden Hebesatz beschließen, wären die Abgabenbescheide ein weiteres Mal zu versenden. Der Berichterstatter weist daher darauf hin, dass dann doppelte Portokosten entstehen.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach dem Jahresabschluss 2006. Die Verwaltung weist darauf hin, dass zurzeit die Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgabereise gebildet werden. Die Anmeldungen liegen noch nicht vollständig vor, die Aussagen sind daher vorsichtig zu bewerten. Es zeichnet sich aber ab, dass es einen Zuführungsbetrag geben wird, der die Allgemeine Rücklage mit mindestens 750.000 € zusätzlich füllen könne. Dieses bedeutet, dass die Ermächtigung zur Aufnahme eines weiteren Kredites in Höhe von rd. 1,2 Mio. € nicht in Anspruch genommen werden braucht. Ferner kann auf die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 580.000 € verzichtet werden. Stattdessen könnte die Rücklage auf rd. 1,33 Mio. € ansteigen.

6 Bericht zur Wirtschaftsförderung

Anwesend ist hierzu Frau Link, die den Bereich der Wirtschaftsförderung mit 0,5 Stellenanteilen bearbeitet. Der Finanzausschuss hatte im Rahmen seiner Sitzung am 28.11.2006 angeregt, dass zu dem Thema Wirtschaftsförderung in dieser Sitzung berichtet wird. Den Anlass gab das Budget für Geschäftsausgaben und Werbemaßnahmen.

Frau Link erläutert, dass vom Haushaltsansatz 2006 in Höhe von 10.000 € insgesamt rd. 50 % ausgegeben wurden. Die Ausgaben entstanden insbes. für den Besuch zweier Messen und Druckkosten für den so genannten „Gewerbefocus“, der das Gebiet Beimoor-Süd vorstellt. Ferner wurden Stadtpläne für Ahrensburg erworben, um interessierte Unternehmen in die Lage zu versetzen, das Gewerbegebiet zu besichtigen. Geplant war ursprünglich auch eine Informationsveranstaltung zum Gewerbegebiet Beimoor-Süd. Davon wurde jedoch Abstand genommen, da durch die gute Reservierungslage keine Flächen verfügbar waren, die Interessenten hätten angeboten werden können.

Der Etat 2007 wird verwendet werden für Informationen zur Wirtschaftsförderung und die Schlossgespräche, die zweimal im Jahr stattfinden (rd. 1.500 €). Ferner ist der Gewerbefocus zu überarbeiten und neu aufzulegen. Die 1. Auflage ist nahezu vergriffen. In Höhe von 3.500 € sind ferner Ausgaben einzuplanen für ein Büro im Haus der Wirtschaft, dass sich die Wirtschaftsförde-

rung mit der WAS teilen wird. Dieses soll dann in Anspruch genommen werden, wenn Besuche in Beimoor-Süd anstehen. Grundsätzlich wird die Arbeit weiterhin innerhalb des Rathauses verrichtet, da die kurzen Entscheidungswege sich als sinnvoll herausgestellt haben.

Die Mitglieder des Finanzausschusses hinterfragen die weitere Tätigkeit im Bereich der Wirtschaftsförderung. Frau Link berichtet, dass sie sich durch Firmenbesuche und Kontakt zur Industrie- und Handelskammer über die Stimmung im Gewerbegebiet informiere bzw. direkt informiere. Sie bittet jedoch um Verständnis, dass dieses noch nicht in dem ursprünglich vorgesehenen Umfang erfolgen konnte, da sie nur 0,5 Stellenanteile zur Verfügung hat. Die Bearbeitung der Interessenten für die Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor-Süd binde momentan den Großteil dieser Arbeitszeit.

Herr Aschmann regt an, einen Fragebogen für Gewerbetreibende zu entwickeln und diesen zu versenden, um sich über die aktuellen Anliegen der Gewerbetreibenden zu unterrichten. Am Schluss solle der Vorschlag für ein persönliches Gespräch stehen. Der Vorschlag wird für gut befunden.

Erörtert wird ferner, die Stundenzahl von Frau Link auf 1,0 Stelle aufzustocken. Frau Link weist darauf hin, dass ihr hoher Stundeneinsatz bereits jetzt zu Lasten der beiden Kolleginnen (25 Stunden bzw. 20 Stunden) gehe. Diese bearbeiten die weiteren Kaufverträge, die nicht dem Bereich der Wirtschaftsförderung zuzuordnen sind bzw. Pacht- und Erbbaurechtsverträge. Insbesondere bei den Miet- und Pachtverträgen für unbebaute Grundstücke handle es sich um eine Vielzahl kleinerer Verträge, die zu pflegen seien.

Der Finanzausschuss betrachtet übereinstimmend die Aufgabe der Wirtschaftsförderung als sehr rentierlich. Die Bestandspflege, d. h. die Kontaktpflege zu den bestehenden Gewerbebetrieben sei außerordentlich wichtig, um diese in Ahrensburg zu halten und an Ahrensburg zu binden. Es wird jedoch die Auffassung geäußert, dass noch zu wenig bekannt sei, dass in der Ahrensburger Verwaltung eine Ansprechpartnerin vorhanden sei. Daher solle ein Netzwerk für Kontakte und Informationen geschaffen werden.

Auf Anfrage wird mitgeteilt, dass die Stadt die Öffentlichkeitsarbeit über die Bürgermeisterin gestalte.

Nachgefragt wird, ob im Haus der Wirtschaft regelmäßige Sprechzeiten eingeplant seien, an denen Interessierte Frau Link besuchen könnten. Sie berichtet, dass zurzeit keine feste Sprechstunde angedacht sei. Dieses wäre zurzeit nicht sinnvoll. Sinnvoller sei es, diese Zeit einzusetzen für die sehr umfangreichen Verträge z. B. für das Einkaufszentrum Klaus-Groth-Straße und die Neuansiedlung in Beimoor-Süd. Diese Verhandlungen seien sehr zeitaufwändig.

Herr Düwel beantragt, die Aufgabe der Wirtschaftsförderung auf 1,0 Stelle aufzustocken von derzeit 0,5 Stellenanteilen. Der Vorsitzende entgegnet, dass hierfür der Hauptausschuss zuständig sei. Ferner weist er auf die Organisationshoheit der Bürgermeisterin hin, die durch Umbesetzung hier zu einer anderen Gewichtung beitragen könne. Es wird jedoch nochmals bekräftigt,

Diese Liste ist identisch mit der der Vorlage 125.1/2006 beigefügten 3. Veränderungsliste.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass der Gewerbesteueransatz von neu 22,5 Mio. € auf der Basis der hohen Vorauszahlungen berechtigt, nicht aber gesichert sei. Es könnten sich auch höhere Erstattungen für die Vorjahre ergeben, sodass in einem Nachtrag eine Reduzierung erforderlich werde. Gegenwärtig lägen aber keine Erkenntnisse hierfür vor.

Es wird ferner darauf hingewiesen, dass die neu gefertigte Vorlage 125.1/2006 zur Beratung der Stadtverordnetenversammlung am 29.01.2007 für die Grundsteuern A und B unverändert einen Hebesatz von 300 % vorsieht. Die Verwaltung hat davon Abstand genommen, die Beiträge an den Gewässerpflegeverband als Grundlage für einen Anhebungsvorschlag heranzuziehen. Dieses entsprach der Diskussion im Finanzausschuss vom 28.11.2006. Ferner werden folgende Positionen der Veränderungsliste angesprochen:

HHSSt 0300.6550

Die Erhöhung erfolgte auf dem Hintergrund, dass bis zum 01.01.2008 das Anlagevermögen (Immobilienvermögen) bewertet werden soll. Hierfür wird externe Unterstützung notwendig, da die in die Eröffnungsbilanz einzustellenden Werte einer Überprüfung standhalten müssen. Die Verwaltung beabsichtigt, eine Vorlage für März 2007 dem Finanzausschuss vorzulegen.

HHSSt 3000.7170 und HHSSt 3400.9510

Herr Düwel weist darauf hin, dass über beide Positionen der BKSA noch nicht abgestimmt hat. Die Ausführungen wurden wohlwollend zur Kenntnis genommen und in den Fraktionen beraten. Er regt an zu prüfen, ob daher im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung Einzelanträge gestellt werden müssen, um diese Erhöhung durchzusetzen. Frau Behr ergänzt die Ausführungen anhand des Protokolls des BKSA vom 11.01.2007. Der Vorsitzende teilt mit, dass seiner Auffassung nach eine Einzelabstimmung nicht erforderlich sei, da die in der Änderungsliste dargestellten Beträge in dieser Form Grundlage der Haushaltsberatung werden.

HHSSt 5700.7150

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Erhöhung um 165.000 € gegenüber dem Haushaltsentwurf 2007 allein in Höhe von rd. 100.000 € auf dem voraussichtlichen Defizit 2006 für die Kosten der Dachsanierung beruht. Eine Erhöhung um 60.000 € erfolgte auf dem Hintergrund weiterer Bauarbeiten im Jahr 2007. Auf die detaillierten Ausführungen in Vorlage 125.1/2006 Seite 3 wird verwiesen.

HHSSt 9000.6770

In diesen Tagen ist an einen Aufsteller ein Betrag allein in Höhe von mehr als

50 % des Haushaltsansatzes 2006 (100.000 €) auszuführen. Um sicherzustellen, dass die Verfahren in diesem Jahr beendet werden können, wird vorsorglich ein weiterer Haushaltsansatz von 50.000 € für 2007 erbeten. Letztendlich differieren die Erstattungen deutlich, da vielen Aufstellern eine Aussetzung der Vollziehung gewährt wurde. Dieses bedeutet, dass Steuerzahlungen in der Vergangenheit nicht vollständig entrichtet wurden. Sollten diese Aussetzungen für einen langen Zeitraum gewährt sein, verringern sich die Erstattungen.

HHSSt 0200.9350

Herr Düwel weist darauf hin, dass der Hauptausschuss am 22.01.2007 der Erhöhung des Ansatzes um 15.000 € zugestimmt hat. Die Bemerkung in der 3. Änderungsliste ist daher entsprechend anzupassen.

Abschließend stimmt der Finanzausschuss dem Entwurf der Haushaltssatzung 2007 – ergänzt um die Änderungen der 3. Änderungsliste und der heutigen Beratung (vgl. TOP 7) – zu.

Abstimmungsergebnis:	4 dafür
	1 dagegen
	3 Enthaltungen

9 Sachstandsbericht zur Gebäudewirtschaft (ÖPP, digitale Bestandspläne)

Den Sachvortrag hält Frau Reinhold. Sie führt aus, dass das ÖPP-Projekt zur Planung und schlüsselfertigen Erstellung der Sporthalle IGS federführend bei ZGW betreut wird und ZGW hierbei von einer Projektgruppe der Verwaltung begleitet wird und die Unterstützung durch VBD (Beratungsunternehmen, das mit der Begleitung des Verfahrens beauftragt wurde) in Anspruch nehmen. Detailliert werden die einzelnen Planungsschritte sowie der Zeitplan vorgestellt. Nach einem europaweiten Teilnehmerwettbewerb 2006, bei dem sich sieben Bieter/-gemeinschaften bewarben, wurden sechs Bewerber zur Unterbreitung eines Angebotes aufgefordert. Die Bewerbungen waren zuvor nach einem festen Auswahlverfahren mit einem Nutzwert (Kriterien, Gewichtung) von mehr als 60 % bewertet worden, in zwei Fällen wurde ein Nutzwert von mehr als 90 % erreicht. Parallel wurden in den vergangenen Monaten die Vergabeunterlagen - rd. 170 Seiten stark - erstellt, bestehend aus einem vertraglichen Teil und einer Leistungsbeschreibung. Diese wurden den 6 Bewerbern übersandt. Am **13.02.2007** wird Submissionstermin sein.

Nach intensiven Erörterungen wurde entschieden, die Kosten für bzw. Aufgabe Grundsteuer, Gebäudeversicherung, Vandalismus, Kontrollgänge der Hausmeister und Schlüsselverwaltung nicht auf die Anbieter zu übertragen. Die Hintergründe werden erläutert. Grundsätzlich sollen aber alle Leistungen

in das Angebot der Bewerber einfließen, wenn die Übertragung dieser Leistung sinnvoll ist. Der Submission schließt sich zeitlich eine Auswertung der Angebote von rd. 4 Wochen sowie das Verhandlungsverfahren mit den Bewerbern von rd. 5 Wochen an. In diesem Verfahren werden alle Angebote überprüft und es können Nebenangebote abgegeben werden. Auch über die Übertragung weiterer Aufgaben – wie Kontrollgänge der Hausmeister und Schlüsselverwaltung – werde in diesem Zusammenhang nochmals betrachtet. Der Finanzausschuss warnt davor, Verantwortlichkeiten zu splitten. Im Vordergrund des ÖPP-Modells stehe die Klarheit und Gesamtverantwortung des Betreibers. Herr Düwel spricht sich dafür aus, daher Aufgaben auch dann zu übertragen, wenn dieses teurer werden sollte.

Auf Nachfrage berichtet Frau Reinhold, dass die Bewerber Vorentwürfe vorlegen. Sie erhalten hierfür eine Aufwandsentschädigung von 3.800 €/ Entwurf – nicht gleichzusetzen dem Honorar nach HOAI, sondern deutlich geringer.

Im Übrigen wird ausgeführt, dass das erstellte Leistungsverzeichnis die Qualität, die die Sporthalle aufweisen solle, beschreibe, damit der Bau der Beanspruchung durch Schüler und Vereine standhalte. Den Bewerbern bieten sich dennoch vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten für den Bau der Sporthalle.

Der Finanzausschuss bittet, in die Entscheidungsfindung einbezogen zu werden. Hierzu könnte eine gemeinsame Sitzung mit dem BKSA stattfinden. Die Beschlussfassung soll, da es sich um ein Pilotprojekt handelt, bei der Stadtverordnetenversammlung liegen. Der Vorsitzende regt an, am **27.03.2007 eine gemeinsame Sitzung mit dem BKSA** durchzuführen und hierzu auch Herrn Dr. Fischer von VBD einzuladen. Dieser Termin liegt im Rahmen des Zeitraumes für die Bieter- und Optimierungsgespräche, die bis zum 15.04.2007 andauern sollen.

Ein Stadtverordneter erkundigt sich, ob die Stadtverordnetenversammlung letztendlich einen ausgewählten Anbieter ablehnen und den Bau in Eigenregie erstellen könne. Herr Kienel führt aus, dass die Wirtschaftlichkeit der ÖPP-Lösung von einem Wirtschaftsprüfer festgestellt werden muss und das das Ergebnis der Kommunalaufsicht vorzulegen sei.

Sollte die ÖPP-Lösung nicht wirtschaftlicher sein als der kalkulierte klassische Eigenbau, kann neu entschieden werden.

Zu den digitalen Bestandsplänen führt Frau Reinhold aus, dass lediglich für das Schulzentrum und die IGS diese noch nicht fertig gestellt seien. Dieses wurde bewusst zurückgestellt, da beide Gebäude Aus- und Umbauten erfahren haben - wird aber demnächst erfolgen.

In 2007 sollen digitale Bestandspläne für alle nicht schulisch genutzten Gebäude erstellt werden, die von der Stadt betrieben (Stichwort: Reinigung) werden und für die Flucht- und Rettungspläne erforderlich sind.

Für Wohngebäude und Unterkünfte ist keine Digitalisierung der Planunterlagen bzw. das Aufmass von Bestandsplänen vorgesehen. Da erfasste Bestandsdaten gepflegt und ständig aktuell gehalten werden müssen, ist die Erstellung digitaler Bestandspläne auf das erforderliche Maß zu begrenzen.

Herr Reichardt stellt die Vorlage vor und ergänzt, dass auch die Stromanlagen in die Gebäudeleittechnik (GLT) – besser: Fernüberwachung – einbezogen werden sollen. Er könne von einem Leitrechner, der im Rathaus zu installieren sei, die Anlagen steuern. Er stelle oft fest, dass z. B. die Heizanlage oft auf Handbetrieb geschaltet sei, die Rückführung auf die generelle Einstellung werde dann aber vergessen. Die Einführung der GLT werde grundsätzlich für alle in der Anlage genannten Liegenschaften vorgeschlagen, bei denen die Überwachungskosten pro überwachte Kosten – betrachtet für 10 Jahre (Spalte 12) - einen Wert von 10 Ct/€ unterschreiten.

Herr Aschmann weist darauf hin, dass die Überwachung aktuell sein müsse und fragt nach, wie z. B. bei Veranstaltungen wie Elternabenden etc. zu steuern sei. Herr Reichardt räumt ein, dass die GLT nur für einen regelmäßigen Betrieb geeignet sei, da Zeitschaltuhren eingebaut seien. Der Handbetrieb sei jedoch jederzeit möglich. Es gebe keine technische Alternative. Der Technik stehe der personelle Aufwand bzw. die personelle Steuerung gegenüber.

Herr Düwel führt aus, dass er in seinem Berufsleben die Erfahrung gemacht habe, dass Mischsysteme nicht erfolgreich seien. Die Interessen seien gegenläufig zwischen den Nutzern, der Schulleitung und der Stadt. Er regt an, den Energieverbrauch in die Budgetierung der Schulen einzubeziehen. Dieses sei in Hamburg so erfolgt. Ferner weist er darauf hin, dass durch die GLT die Hausmeister entlastet werden. Auch dieses müsse in irgendeiner Form berücksichtigt werden. Ferner widerspricht seines Erachtens die GLT der Ergebnisverantwortung.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass – sollte ein Hausmeister-Pool gebildet werden – eine zentrale Steuerung besser wäre. Die Problematik der Veranstaltungen sei jedoch zu lösen.

Herr Reichardt führt aus, dass für 2007 die GLT für das Schulzentrum Am Heimgarten vorgesehen sei. Hier müsse in jedem Fall etwas gemacht werden. Veranschlagt sind jeweils unter **HHSSt 2132./ 2210./ 2310.9400** – Erneuerung der Schaltschränke – Gesamtkosten Kosten von 80.000 €. Er führt ferner aus, dass die zeitliche Einführung der GLT nur ein Vorschlag sei und wird gebeten, sich nicht von Haushaltsüberlegungen leiten zu lassen, sondern anhand seiner personellen und zeitlichen Kapazität einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Einführung der Fernüberwachung möglich sei. Auf Nachfrage wird ferner mitgeteilt, dass die Kosten die zurzeit vorhandenen Liegenschaften umfassen; die Sporthalle der IGS ist zurzeit nicht in die Umstellung einbezogen.

Der Finanzausschuss spricht sich dafür aus, zunächst anhand des Schulzentrums Erfahrungen mit GLT zu sammeln. Es wird ferner beschlossen, den Kostenansatz von 2008 für den Leitrechner im Rathaus auf 2007 vorzuziehen.

Eine generelle Entscheidung zu GLT für die städtischen Liegenschaften sollte spätestens im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen für 2008 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

11 Gewinn- und Verlustrechnung 2005 der städtischen Mietwohnungen 2007/004

Herr Petersen nimmt kurz zur Vorlage Stellung und weist insbesondere darauf hin, dass in 2005 die Mietwohnungen Akazienstieg 40 – 44 sowie Rosenweg 24 abgerissen wurden. Daher seien die Werte Vorjahr im Vergleich zu 2005 gesamt nicht aussagefähig (Anlage Seite 1). Nachgefragt wird, warum die Zwischensumme I für 2005 nicht identisch sei mit der Betriebskostenvorauszahlung 2005 und –abrechnung 2005. Die Verwaltung sagt eine Klärung im Protokoll zu.

Anmerkung der Verwaltung

Die Summen können sich insbesondere deshalb nicht annähern, da – sofern Nutzungsentschädigungen gezahlt wurden – der Betriebskostenvorauszahlungsanteil in diesen mit enthalten ist. Dieses betrifft insbesondere die gravierende Abweichung bei den Objekten im Akazienstieg. Dort stehen rd. 11.950 € Betriebskosten Ausgaben von rd. 30.000 € gegenüber. In 2005 wurden jedoch daneben rd. 26.000 € Nutzungsentschädigungen gezahlt, die Betriebskostenanteile in Höhe ca. dieser Differenz enthalten. Ferner ist zu beachten, dass in den verschiedenen Liegenschaften Mieterwechsel in 2005 stattgefunden haben. In diesen Fällen reduzieren sich die Ausgaben nicht in dem gleichen Verhältnis, da z. B. Grundsteuern und Versicherungen für das Gesamtjahr zu entrichten sind. Als weitere Besonderheit zu den Betriebskosten ist darauf hinzuweisen, dass in Mischobjekten wie den Kindertagesstätten in einem Fall nur Betriebskostenvorauszahlungen erfolgen – Schäferweg - bzw. keinerlei Betriebskostenvorauszahlungen erhoben werden, da eine Bruttomiete vereinbart ist. Am Beispiel von Liegenschaften ohne Mieterwechsel in 2005 – wie z. B. Waldemar-Bonsels-Weg 144 – 148 sowie Waldstraße 12 - lässt sich ablesen, dass die Zwischensumme 1 der Ausgaben mit den Betriebskosten in Zeile 3 und 4 identisch sind.

Herr Levenhagen fragt ferner nach, warum für den Rosenweg 24 in 2005 Ausgaben angefallen sind, die nicht 50 % unter denen des Jahres 2004 liegen, obwohl Rosenhof 24 im Jahr 2005 abgerissen wurde. Herr Petersen teilt mit, dass der Auszug der Mieter sukzessive erfolgte. Anteilige Erstattungen für Ausgaben wie z. B. Versicherungen zogen sich bis 2006/ 2007 hin.

gez. Tobias Koch
Vorsitz

gez. Angela Haase
Protokoll